



Bund der Richter und Staatsanwälte
in Nordrhein-Westfalen e.V.

Hamm, 10. Juli 2024

Presseerklärung

Presseerklärung zur Vernachlässigung der Justiz in Nordrhein-Westfalen durch die Landesregierung und den Haushaltsgesetzgeber

„Die nordrhein-westfälische Justiz erhält durch die Landesregierung und den Haushaltsgesetzgeber keinesfalls den Stellenwert, der in Anbetracht der aktuellen Situation unserer Demokratie und unseres Rechtsstaats angezeigt wäre“ sagt Prof. Dr. Gerd Hamme, Geschäftsführer des Bundes der Richter und Staatsanwälte Nordrhein-Westfalen e.V. (DRB-NRW). „Die Stimmung ist insbesondere in den Staatsanwaltschaften des Landes auf einem Tiefpunkt. Es fehlen aktuell mindestens 260 neuen Stellen für Staatsanwältinnen und Staatsanwälte. Die vorhandenen Stellen können nicht vollständig mit Bewerberinnen und Bewerbern besetzt werden, weil die Besoldung der Richterinnen, Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte im Vergleich zu anderen juristischen Berufen unangemessen niedrig ist, wofür auch die EU-Kommission bereits mehrfach hingewiesen hat.“ Jede Staatsanwältin und jeder Staatsanwalt muss die Arbeit von 1,4 Staatsanwälten erledigen. Dies führt nicht nur dazu, dass die Stimmung in den Staatsanwaltschaften wegen erheblicher Überlastung im Keller ist; die Strafverfolgung erfolgt vor allem nicht in der Intensität und mit der Geschwindigkeit, wie dies wünschenswert und notwendig wäre. Die Digitalisierung der Justiz kommt nur schleppend voran, weil die hierfür nötigen Mittel nicht zur Verfügung gestellt werden. „Besonders fatal stellen sich die jüngsten Entscheidungen zur Verkürzung der Ausbildungszeit und der Ausbildungsstellen für Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare dar. Diese Entscheidungen werden deshalb zu Recht nicht nur vom DRB-NRW, sondern von allen Berufsverbänden der juristischen Berufe abgelehnt. Selbst die Ausbilderinnen und Ausbilder innerhalb der Justiz äußern ihr Unverständnis und ihren Unmut hierzu. Die Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare gehen auf die Barrikaden und werden am 15. Juli sogar in Düsseldorf demonstrieren, um darauf zu drängen, diese Fehlentscheidungen rückgängig zu machen. Sie haben hierbei die volle Unterstützung des DRB-NRW.“

Der DRB-NRW hat sich wegen dieser Anliegen bereits am 07.05.2023 mit konkreten Forderungen in einem offenen Brief an den Ministerpräsidenten des Landes gewandt, mit der Bitte um eine Antwort. Bis heute haben weder der Ministerpräsident noch der Minister der Justiz inhaltlich darauf geantwortet. „In Zeiten, in denen es besonders wichtig ist, die Justiz und den Rechtsstaat für eine funktionierende Demokratie zukunftsfähig aufzustellen und in denen eine große Pensionierungswelle bevorsteht, ist es unverantwortlich, die Belange der Justiz so zu vernachlässigen.“ Auch in Zeiten angespannter Haushaltslage ist es erforderlich, Prioritäten zu setzen und auf die Nöte in der dritten Staatsgewalt zu reagieren, zumal sich immer wieder neue Möglichkeiten im Gesamthaushalt auftun.

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an: Prof. Dr. Gerd Hamme: gerd.hamme@drb-nrw.de

Der Bund der Richter und Staatsanwälte in Nordrhein-Westfalen ist mit über 4.100 Mitgliedern bei ca. 5.900 Richtern und Staatsanwälten im Land Nordrhein-Westfalen deren größter Berufsverband.

Verantwortlich im Sinn des § 8 PresseG (NW): Prof. Dr. Gerd Hamme, Geschäftsführer,
Bund der Richter und Staatsanwälte in Nordrhein-Westfalen
Martin-Luther-Straße 11, 59065 Hamm, Telefon 02381/29814 – Telefax 02381/22568
E-Mail info@drb-nrw.de Internet www.drb-nrw.de